

Der Kreisbrandinspekteur

St.Goarshausen, den 12.4.1949

An die  
Freiw.-  
Pflicht-      Feuerwehren  
Werks-

des K r e i s e s.

durch die Herren Bürgermeister.

Betr.: Grosse Einsatzberichte, Einsatzmeldung-Rapport d'action  
Übungsmeldung.

Beifolgend übersende ich. 10. Formulare "Einsatzbericht" und  
10. Einsatzmeldung-Rapport d'action und. 10. Übungsmeldungen.

Ich weise nochmals darauf hin, dass die Einsatzberichte nach  
jedem Einsatz der betr. Wehr im Brand- oder Katastrophenfalle ge-  
nauestens ausgefüllt innen 24 Stunden -gegebenenfalls durch Kurier  
nach hier einzureichen sind. Dabei sind die Fragen: Beschreibung  
des Schadensfalles, Brandursache und ungefähre Höhe des Schadens  
gewissenhaft zu beantworten.

Die Einsatzmeldungen "Rapport d'action" sind ausserdem beizu-  
fügen, wenn bei dem Einsatz Betriebsstoff verbraucht wurde. Bei Übung-  
en mit Betriebsstoffverbrauch ist ebenfalls die Einsatzmeldung der  
Übungsmeldung beizufügen. Hierbei ist zu beachten: Zahl der einge-  
setzten Feuerwehrmänner, Tag des Einsatzes oder der Übung, Ort des  
Einsatzes, Einsatz von Geräten, Betriebsstoffverbrauch und verblieb-  
ener Betriebsstoffbestand.

Betriebsstoffzuweisungen können in Zukunft nur noch auf Vor-  
lage dieser Meldungen erfolgen und zwar wird die Zuweisung erst im  
darauffolgenden Monat erfolgen, da der Betriebsstoffverbrauch auf  
Grund dieser Einsatzmeldungen der Landesregierung Rheinland-Pfalz  
-Landesbrandschutzamt- zum 20. eines jd. mts. gemeldet werden muss und  
die dementsprechende Menge im folgenden Monat zugewiesen wird.

Die Übungsmeldungen sind spätestens bis zum 25. eines jd. mts. nach  
hier einzureichen. Ich weise hierbei nochmals darauf hin, dass diese  
Übungsmeldungen an die Mil. Reg. monatlich weitergeleitet werden müssen.  
Es dürfte also im Interesse jeder einzelnen Wehr liegen, Unannehmlich-  
keiten zu vermeiden und auf der anderen Seite durch eifriges Üben  
auf einen guten Ausbildungsstand zu gelangen.

Mit kameradschaftlichem Gruss !

gez.: Diederling

Beglaubigt :

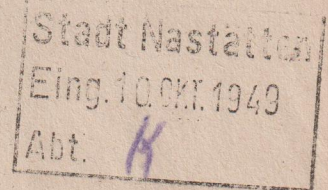
*[Handwritten Signature]*  
Verv. Angestellter.



An die  
Wehrleiter der Gemeinde- Werks-Feuerwehren

des K r e i s e s

durch die Herren Bürgermeister.



Betr.: Betriebsstoffreserven der Feuerwehren.

Bezug: Ohne.

Die in letzter Zeit verschiedentlich aufgetretenen Schwierigkeiten in der Betriebsstoffverteilung für Feuerlöschzwecke geben mir Veranlassung, auf Nachstehendes hinzuweisen:

Die Betriebsstoffzuweisungen haben sich seit der Währungsreform in etwa gebessert. Das heisst aber nicht, dass unbegrenzte Mengen zur Verfg. stehen. Es wird grundsätzlich nur der Betriebsstoff zurückerstattet, der im vergangenen Monat wirklich verbraucht wurde. Übungen mit Einsatz der Motorspritze sind notwendig. Es muss aber äusserst sparsam damit umgegangen werden. Grundbedingung ist, dass die monatl. Übungen tatsächlich durchgeführt werden und die Übungsmeldung mit Betriebsstoffverbrauch umgehend nach hier eingereicht wird. Eine gewisse Reserve an Betriebsstoff muss unter allen Umständen vorhanden sein. Wenn einzelne Wehren dazu übergegangen sind und haben diese Reserven für Übungszwecke verbraucht um dann erst festzustellen, dass nichts mehr vorhanden ist, handeln verantwortungslos und sind sich der Tragweite ihrer Handlungsweise nicht bewusst. Von Unkenntnis der Dinge kann keine Rede sein. Ich weise hierbei besonders nochmals auf mein Rundschreiben vom 12.4.49 hin, welches nach wie vor in Kraft ist. Ich habe das grösste Interesse, die mot. Wehren des Kreises mit genügend Betriebsstoff versehen zu wissen, um den Feuerschutz zu gewährleisten.

Um nun einen genauen Überblick über die tatsächlichen Bestände der Reserven von den einzelnen Wehren zu erhalten, bitte ich um Angabe derselben bis spätestens 15.10.49, damit ich meine Kontrollliste korrigieren und Fehlbestände auszugleichen versuche.

Zu beachten ist, das Benzin nicht zu lange zu lagern, im Höchst-falle 9 Monate. Ich schlage vor, sich mit Kraftfahrzeugbesitzern ins Benehmen zu setzen, um die Benzin-Res. mit denselben gelegentlich auszutauschen.

Mit kameradschaftlichem Gruss !

gez.: Diederling

Beglaubigt :

*[Signature]*  
Verw. Angestellter.

*Kück  
Nastätten*



ÜBUNGSPLAN

für die Gemeinde-Werksfeuerwehren des Kreises St.Goarshausen  
für die Zeit vom 1.10.49 - 30.9.1950

-----

1) 9.Okt.49 9,00-11,00 UhrPrakt.Übung :

1 Stunde Schulübungen, Technik für Einzelpersonen (mit Wasserübung)

1/2 " Gerätekunde: Handhabung und Anwendung der einzelnen Feuerlöschgeräte im Brandfalle.

1/2 " Techn. Unterweisung in der Behandlung und Pflege der Feuerlöschgeräte.

2) 13.Nov.49 9,00-11,00 UhrTheor.Übung:Vortragsdisposition:

1 Stunde Brandursachen. Vorbeugungsmassnahmen gegen Brandgefahren.

1/2 " Brandbekämpfung. Theor. Durchsprechung des Löschangriffs.

1/2 " Zusammensetzung einer Löschgruppe bzw. des Löschzuges. die Ausrüstung des Feuerwehrmannes.

3) 11.Dez.49 9,00-11,00Prakt.Übung:

1 Stunde Schulübungen in der Mannschafts- und Abteilungstechnik. (mit Wasserübung)

1/2 " Bereitstellen zum Löschangriff (schulmässige Einzelausbildung des Angriffs-, Wasser- und Schlauchtrupps).

1/2 " Gerätereinigen, Wartung und Bedienung der Motorspritze.

4) 8.Jan.1950 9,00-11,00 UhrTheor.Übung:Vortragsdisposition:

1/2 Stunde Die Feuerlösch- und Rettungsgeräte, ihre Anwendung und Wirkung in der Brandbekämpfung.

1/2 " Löschwassereinrichtungen, Wasserentnahmestellen.

1/2 " Befehlszeichen.

5) 12.Febr.50 9,00-11,00 UhrPrakt.Übung:

1/2 Brandbekämpfung mit Löschwasserentnahme aus Hydranten.

1/2 Std. Auslegen und zurücknehmen der Schlauchleitungen, Geläufigkeitsübungen im Schlauchkuppeln.

3/4 " Angriffsübung mit Einsatz der Motorspritze u. Handdruckspritze bei angenommenem Hausbrand. Unterweisung in der Handhabung der Schiebe- u. Hakenleitern.

1/2 " Gerätereinigen mit Schlauchpflege.

6) 12.März 50 9,00-11,00 UhrRheir.Übung:Vortragsdisposition:



- 1/2 Stunde Waldbrände und deren Bekämpfung.
- 1/2 " Die Baukonstruktion und Verhalten derselben im Feuer.
- 1 " Techn. Unterricht an den einzelnen Löschgeräten.

7) 9. April 50 9,00-11,00 Uhr

Prakt. Übung:

- 1/2 Stunde Schulübung in der Mannschaftstechnik und Anwendung der Befehlszeichen.
- 1 " Angriffsübung mit Einsatz der Motorspritze bei einem angenommenen Dachstuhlbrand.
- 1/2 " Gerätereinigen.

8) 14. Mai 50 7,00-9,00 Uhr

Theor. Übung:

Vortragsdisposition:

- 1/2 Stunde Feuerlöschtaktik, Wegeerkundung, Wassererkundung, Brandstellenerkundung.
- 1/2 " Normale Brandfälle.
- 1/2 " Besondere Brandfälle
- 1/2 " Handhabung und Anwendung der chem. Handfeuerlöscher.

9) 11. Juni 50 7,00-9,00 Uhr

Prakt. Übung:

- 1/2 Stunde Auslegen und Zurücknehmen der Schlauchleitungen. Anlegen von Schlauchbinden.
- 1 " Angriffsübung mit Motor- u. Handdruckspritze (gewähltes Brandobjekt).
- 1/2 " Gerätereinigen und technische Unterweisung in der Behandlung der Feuerlöschgeräte nach dem Einsatz.

10) 9. Juli 50 7,00-9,00 Uhr

Theor. Übung: Vortragsdisposition:

- 1 Stunde Menschenrettung. Die verschiedenen Arten der Rettung.
- 1/2 " Erste Hilfe bei Brandverletzung. Die Rauchschutzmaske.
- 1/2 " Unfallverhütungsvorschriften.

11) 13. August 50 7,00 - 9,00 Uhr

Prakt. Übung:

- 1 Stunde Schulübungen an der Spritze u. an Haken-, Schiebe-, u. an mach. Leitern.
- 1 " Grossangriff mit mehreren Schlauchleitungen mit Wasserentnahme.
- 1/4 " Gerätereinigen.

12) 10. Sept. 50 7,00-9,00 Uhr

Theor. Übung: Vortragsdisposition:

- 1/2 Stunde Allgemein Angriffslehre.
- 1/2 " Die Löschwassereinrichtung und ihre Verwendung zu Feuerlöschzwecken.
- 1/2 " Erkennung der Brandursache. Verhalten auf der Brandstelle
- 1/2 " Meldewesen des Feuerlöschdienstes, Alarmeinrichtungen, vorbeugender Feuerschutz.



Der Kreisbrandinspekteur

St. Goarshausen, den 7.10.49

An den  
Wehrleiter der Gemeinde-Feuerwehr

des K r e i s e s

Stadt Nastätten

Eing. 10. OKT. 1949

Abt. *K*

durch die Herrn Bürgermeister.

Betr.: Übungsplan für die Zeit vom 1.10.49 bis 30.9.50

Beifolgend übersende ich den Übungsplan für die Zeit vom 1.10.49 bis 30.9.50 mit den generell festgesetzten Übungszeiten zur gefl. Kenntnisnahme und Beachtung. Der Übungsplan entspricht in seinen Grundzügen dem des vergangenen Jahres. Ich stelle es einzelnen Wehren frei, kleinere Abweichungen bezw. Einlagen entsprechend den vorhandenen Geräten vorzunehmen. Das gleiche gilt für die Übungszeiten. Je nach den örtl. Verhältnissen können die Übungen zeitlich verlegt werden. Ich lege Wert darauf, besonders zu beachten, dass den Wehrmännern Gelegenheit gegeben wird, an den betr. Übungstagen ihren religiösen Bedürfnissen nachzukommen. Desgleichen ist eine Störung des Gottesdienstes unter allen Umständen zu vermeiden.

Mit kameradschaftlichem Gruss !

gez.: Diederich

Beglaubigt:

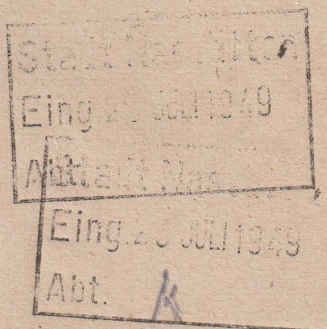
*Pech*  
Verw. Angestellter.



An die  
Herren Bürgermeister  
des K r e i s e s

Betr.: Feuerwehrlübungen an Sonntagen.

Bezug: Ohne.



Es wird von kirchlicher Seite Klage darüber geführt, dass einzelne Wehren des Kreises ihre Übungen an den betr. Sonntagen so abhalten, dass entweder der Gottesdienst gestört wird bzw. die Wehrmänner in die Zwangslage gebracht werden, dem Gottesdienst fernzubleiben. In meinem Rundschreiben an die Gemeindefeuerwehren des Kreises vom 2.12.1948 wurde der Erlass der Landesregierung Rheinland-Pfalz bekanntgegeben wonach die Übungszeiten generell festgesetzt wurden mit dem Vermerk, dass in besonders gelagerten Fällen Veränderungen vorgenommen werden können. Ich nehme hierauf Bezug und bitte die Herren Bürgermeister, darauf zu achten und die Wehrleiter anzuhalten, dass unter keinen Umständen der Gottesdienst gestört werden darf bzw. den Wehrmännern die Möglichkeit genommen wird, ihre religiösen Bedürfnisse zu befriedigen. Es erscheint zweckmäßig, dass der Wehrleiter sich jeweils mit dem zuständigen Ortspfarrer in Verbindung setzt, um eine beiderseitige zufriedenstellende Lösung herbeizuführen.

Nachsatz:

Ich weise die Herren Bürgermeister bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hin darüber zu wachen und die Wehrleiter dazu anzuhalten, dass die monatlichen Übungen durchgeführt werden. Die in den letzten Monaten spärlich eingehenden Übungsmeldungen lassen erkennen, dass von Seiten der Herren Bürgermeister und Wehrleiter nicht das notwendige verantwortliche Interesse hierfür aufgebracht wird. Zur Vermeidung von Weiterungen bitte ich, alles zu tun, was das Interesse des Feuerschutzes erfordert.

gez.: Diederich

Beglaubigt:

*[Signature]*  
Verw. Angestellter.

An den

Wehrführer

Herrn Emil Rück

Von vorstehender Verfügung Kenntnis genommen.

Nastatten, den 19.8.1949

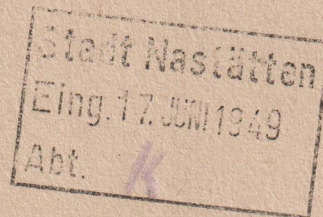
*[Signature]*  
.....



A b s c h r i f t

Rheinland - Pfalz  
Ministerium des Innern  
Landesamt für Brandschutz

Koblenz, den 9. Juni 1949



An die  
Herren pp.

Betr.: Feuerwehrabzeichen.

In den M M XI/48 vom 30. Nov. 1948 Ziff. 4 wurde angeordnet dass die ehemaligen Abzeichen der Feuerwehr auf der Schulter und am Kragen baldigst zu entfernen und durch die neuen Abzeichen zu ersetzen sind. Da Anstoss daran genommen worden ist, dass die Abzeichen teilweise noch weiter getragen werden, wird nunmehr nochmals das sofortige Entfernen der früheren Abzeichen angeordnet.

Die Fertigung der neuen Feuerwehrabzeichen hat sich aus unvorhergesehenen Gründen verzögert. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass mit der Auslieferung im Monat Juli begonnen werden kann.

Um sofortige Veranlassung wird gebeten.

Beglaubigt :  
gez. Müller (Siegel)  
Reg. Angest.

I. A.  
gez. Gumbel

Der Landrat  
des Kreises St. Goarshausen  
- Abt. Brandschutz -

St. Goarshausen, den 14. 6. 1949

An die  
Herren Bürgermeister  
u. Werksfeuerwehren

des K r e i s e s.

Vorstehende Abschrift des Erlasses der Landesregierung Rheinland - Pfalz - Ministerium des Innern - Landesamt für Brandschutz vom 9. 6. 1949 zur gefl. Kenntnisnahme übersandt.

Ich ordne hiermit an, soweit noch nicht geschehen, dass sämtliche ehemaligen Abzeichen der Feuerwehr auf den Uniformen und Schutzbekleidungen zu entfernen sind. Bis zur Auslieferung der neuen Abzeichen sind die Uniformen ohne Abzeichen zu tragen.

Ich bitte, die Herren Bürgermeister und Wehrleiter die Durchführung dieser Anordnung genauestens zu beachten.

gez. Wirges

Beglaubigt :

*W. Wirges*  
Verwaltungsangest.



Abschrift.

Rheinland-Pfalz  
Ministerium des Innern  
-Landesamt für Brandschutz-

Koblenz, den 31. Mai 1949.

Stadt Nastätten

Eing. 20 JUN 1949

Abt. 8

1. An die Herren pp.
2. An pp.

Betr.: Verwendung der Mittel aus dem Aufkommen der Feuer -  
schutzsteuer.

Für die Verteilung der in Auswirkung des Feuerschutz -  
steuergesetzes vom 1.2.1939 aufkommenden Mittel werden fol-  
gende Bestimmungen und Richtlinien erlassen :

### I. Sachgebiete.

2. Für die Gewährung von Beihilfen an Gemeinden und Gemeinde-  
verbände zwecks
  - a) Beschaffung, Unterhaltung u. Instandsetzung von Löschge-  
räten u. = Material
  - b) desgl. von Bekleidungs- u. Ausrüstungsgegenständen
  - c) Einrichtung und Unterhaltung von Feuermelde- u. Alarm-  
anlagen
  - d) Errichtung und Unterhaltung von Gerätehäusern
  - e) desgl. von Reparaturwerkstätten für Schlauchmaterial
  - f) Einrichtung und Verbesserung von Löscheinrichtungen  
bei Wasserversorgungsanlagen.

### II. Richtlinien für die Zu- teilung der Mittel.

1. Die Entscheidung über die Verwendung der Mittel er -  
folgt durch das Ministerium des Innern. In den Fällen I, 2 a  
-fist vorher gutachtlich zu hören

- a) Im Oberregierungsbezirk Neustadt das zuständige Brand-  
versicherungsamt
- b) im Regierungsbezirk Mainz die Hessische Brandversi-  
cherungskammer in Darmstadt
- c) im Regierungsbezirk Montabaur die Nassauische Brand-  
versicherungsanstalt in Wiesbaden.

Zu diesem Zweck haben die Gemeinden ihre Beihilfenanträge  
über die zuständige Brandversicherungs-Dienststelle an das  
Ministerium des Innern zu richten und zwar die kreisangehö-  
rigen Gemeinden durch die Hand des Landrats, und die kreis-  
freien Gemeinden durch die Hand des Regierungspräsidenten.  
In der Reg. Bezirken Koblenz und Trier erübrigt sich die Vor-  
lage der Anträge bei der Prov. Feuerversicherungsanstalt Dis-  
seldorf gemäss einer mit dieser Anstalt getroffenen Verein-  
barung.

2. Den Beihilfenanträgen sind beizufügen :

- a) Ein Fragebogen nach dem vorgeschriebenen Muster
- b) Die Angebote, aus denen die Kosten der Beschaffungs-  
massnahme hervorgehen

c)



- c) Die Stellungnahme des Kreisbrandinspektors über die Notwendigkeit der Beschaffungsmassnahme
- d) Eine Erläuterung der Finanzlage der Gemeinde durch die Aufsichtsbehörde
- e) Bei Löschwasserversorgungsanlagen das Gutachten eines Sachverständigen sowie Skizzen, Lagepläne und Baubeschreibung. Ausserdem ist der Nachweis über die landespolizeiliche Prüfung und Genehmigung des Vorhabens zu erbringen.

3. Grundsätzlich erhalten Beihilfen nur finanziell bedürftige Gemeinden; ausserdem müssen die Beschaffungsvorhaben notwendig sein. Im allgemeinen soll die Beihilfe 50 % der nachgewiesenen Kosten nicht übersteigen. In besonders begründeten Notfällen können leistungsschwachen Gemeinden Beihilfen bis zur vollen Höhe der zu finanzierenden Massnahme bewilligt werden.

4. Die Beihilfenzusage verfällt, wenn das Beschaffungsvorhaben nicht innerhalb 1 Jahres durchgeführt ist.

Beglaubigt;  
gez.: Müller  
Reg.-Angest.  
(Siegel)

Im Auftrag  
gez. g. Dr. Walther

Der Kreisbrandinspekteur.

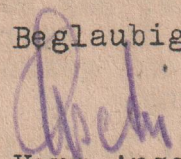
St. Goarshausen, den 18. Juni 49.

An die  
Herren Bürgermeister  
des Kreises

Vorstehende auszugsweise Abschrift des Erlasses der Landesregierung Rheinland-Pfalz Ministerium des Innern- Landesamt für Brandschutz in Koblenz vom 31.5.49, sowie ein Muster des vorgeschriebenen Fragebogens zur gefl. Kenntnissnahme und Beachtung übersandt. Ich bitte, Anträge auf Beihilfe aus Mitteln der Feuerschutzsteuer in Zukunft nach den o.a. Richtlinien mit den entsprechenden Unterlagen nach hier einzureichen.

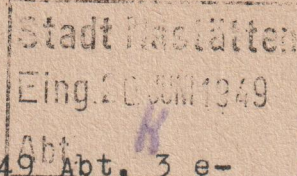
gez.: Diederich

Beglaubigt:

  
Verw. Angest.



Koblenz, den 25. Mai 1949.



An pp.

Betr.: Entnazifizierung der Feuerwehr.

Bezug: Rd. Erlass vom 31.1.1949 - Tgb. Nr. 220/49

Nach den auf den obigen Erlass erstatteten Berichten lehnen zahlreiche Feuerwehrangehörige es ab, Verwaltungsgebühren für die Ausfertigung von Amnestiebescheiden zu zahlen, weil sie eine solche "Buße" unter den gegebenen Umständen für ungerechtfertigt halten. Der Landeskommissar für die politische Säuberung vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß jeder vom Gesetz Betroffene, aus welchen Gründen er auch immer der NSDAP beigetreten sein mag, sich entnazifizieren lassen muß und daß ein genereller Erlass der Amnestiegebühren aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in Frage kommt. Allerdings ist er nach wie vor bereit, den Angehörigen der Feuerwehr finanziell entgegenzukommen, sofern ein Notstand vorliegt oder doch wenigstens eine Härte nachgewiesen werden kann. Zu diesem Zweck bedarf es in jedem Falle eines an den Säuberungskommissar zu richtenden schriftlichen Antrags mit folgenden Angaben:

1. Familienstand
2. Bescheinigung des Arbeitgebers bzw. bei freien Berufen des Finanzamts über die Höhe des Einkommens im Kalenderjahr 1948
3. Besondere Gründe, die den gänzlichen oder teilweisen Erlass der Gebühr rechtfertigen.

Die kreisweise gesammelten Anträge sind von den Kreisbrandinspektoren persönlich dem Landeskommissariat vorzulegen, wo sie gemäß einer mit Herrn Ministerialdirigent Kuramer getroffenen Vereinbarung im Beisein des zuständigen Kreisbrandinspektors geprüft und entschieden werden. Die Kreisbrandinspektoren haben dabei Gelegenheit, die Anträge zu erläutern und den Erlass der Gebühr zu befürworten. Bei Erfolg werden ihnen die endgültigen Bescheide zwecks Weitergabe an die Antragsteller sofort ausgehändigt.

Ich bitte um Anweisung an die Kreisbrandinspektoren, mit den von Ihnen zu sammelnden Anträgen persönlich beim Landeskommissariat in Koblenz, Rheinau 1, vorzusprechen. Das Landesamt für Brandschutz ist in jedem Falle vorher schriftlich oder fernmündlich zu unterrichten, damit es sich einschalten und ev. zu Gunsten der Antragsteller intervenieren kann. Das Landesamt ist fernmündlich unter Tel. Nr. 2281 Koblenz zu erreichen.

Beglaubigt: I. V.  
gez.: Müller gez.: Happ.  
(Siegel) Reg. Angest.

Der Landrat.  
Abt. Brandschutz.

St. Goarshausen, den 18. Juni 1949.

An die Herren Bürgermeister  
und Werksfeuerwehren

des K r e i s e s

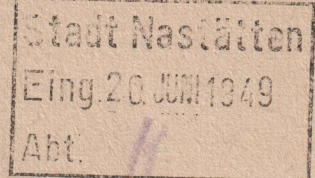
Vorstehende Abschrift zur gefl. Kenntnisnahme u. Beachtung übersandt. Ich bitte umgehend zu veranlassen, daß sämtliche Feuerwehrangehörige, die Mitglied der ehem. NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren, sich der Entnazifizierung unterziehen, soweit dies noch nicht geschehen ist. Anträge auf Erlass der Verwaltungsgebühren sind nach dem im Erlass angeführten Muster gesammelt, mit entsprechender Stellungnahme nach hier einzureichen.

gez.: Wirges. Beglaubigt:

Verw. Angest.



Vordruck



Betrifft: Beihilfe aus Mitteln der Feuerschutzsteuer für

Gemeinde: ..... Kreis: .....

- 1.) Die Kosten der vorgesehenen Beschaffungs-  
gegenstände bzwl des Unternehmens be-  
tragen nach der anl. Zusammenstellung ..... DM
- 2.) Welcher Betrag steht für die Anschaffung  
aus etatmässigen Mitteln zur Verfügung? ..... DM
- 3.) Welchen Sonderbeitrag zahlt die Gemeinde  
außerdem zu diesen Anschaffungen ? ..... DM
- 4.) Welche Zuschüsse sind von anderen  
Stellen zugesagt oder zu erwarten ? ..... DM
- 5.) Welcher Betrag wird als Beihilfe erbeten? ..... DM
- 6.) Welche Steuersätze werden erhoben:  
Grundsteuer A ..... %  
Grundsteuer B ..... %  
Gewerbesteuer ..... %
- 7.) Ist ein geeignetes Gerätehaus zur Unter-  
bringung der Feuerlöschgeräte vorhanden? .....
- 8.) Ist eine Wasserleitung mit Hydranten vor-  
handen ? .....
- 9.) Wieviel Einwohner .....  
Wohnhäuser .....  
Haushaltungen .....  
hat die antragstellende Gemeinde ?
- 10.) Entsprechen die Feuerwehrgeräte den  
Feuerwehrnormen und den Unfallver-  
hütungsvorschriften ? .....

....., den.....

Der Ober-Amts-Bürgermeister



Der Kreisbrandinspekteur

st. Goarshausen, den 23.5.1949

An die  
Freiw.-  
Pflicht- Feuerwehren  
werks-

des K r e i s e s.

durch die Herren Bürgermeister.

Stadt Nastätten, Ts.

Bis: 27.5.1949

Zur Bearbeitung: 11

Unterschrift:

Betr.: Monatliche Mitteilungen "Brandschutz" (IV, V/49)

Nachstehend erhalten Sie auszugsweise Abschrift des Erlasses der Landesregierung Rheinland-Pfalz-Ministerium des Innern Landesamt für Brandschutz in Koblenz vom 11.5.1949 zur gefl. Kenntnisnahme und Beachtung.

Zu meinem Rundschreiben vom 22.4.49 betr. Meldung von Bränden und Katastrophen bitte ich zu berichtigen: Fernsprechanhänge: Landesamt für Brandschutz Koblenz W. 2281, Nebenapparate 369 oder 370 oder 387. Feuerwache Koblenz (Plan) Nr. 3 500. Die Tel. Nr. des Kreisbrandinspektors bleiben unverändert.

Die Meldungen der einzelnen Gemeinden über den bereitgestellten Etat im Haushaltplan für Feuerlöschgeräte liegen nunmehr bis auf einige Nachzügler hier vor. Dabei habe ich feststellen müssen, dass z.B. eine kleine Gemeinde mit knapp 100 Einwohnern 5 000,-DM bereitgestellt hat, während Gemeinden mit der 10 fachen Einwohnerzahl nicht einmal den 10. Teil vorgesehen haben. Ich sehe ein, dass die Finanzlage vieler Gemeinden sehr zu wünschen übrig lässt. Ich sehe aber nicht ein, dass einzelne Bürgermeister und Gemeindevertreter dem Feuerschutz nicht das notwendige Interesse entgegen bringen. Es dürfte nunmehr an der Zeit sein, die durch die Kriegereignisse teilweise sehr im argen liegenden Feuerlöschgeräte und Feuerwehrgeräthhäuser instandzusetzen und zu verbessern, um das uns verbliebene Volksvermögen zu erhalten und zu schützen. Hierbei möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass in unserem Kreis wehrmännern grösste Aufmerksamkeit widmen. Diesen Gemeinden und Betrieben spreche ich meinen warmsten Dank aus und werden sie auch in Zukunft mit meiner vollen Unterstützung rechnen können.

Firmenmitteilung: Die Fa. Goetz & Munch in Koblenz bietet u.a. eine Feuerwehrschiebekleidung an und zwar:

- 1.) Arbeitsanzüge 1 teilig aus blauem Baumwollkörper in den Grössen 46 bis 54 zum Preise von 18,70 DM, bei Abnahme von 5 Stck. 17,90 DM bei 20 Stck. 17,20 DM
- 2.) Arbeitsanzüge 2 teilig aus grau/blauem Baumwollkörper in den Gr. 46 bis 54 zum Preise von 20,80 DM, bei Abnahme von 5 Stck. 19,90 DM, bei 20 Stck. 19,10 DM. Diese Anzüge können auf Wunsch mit dem aufgestickten Namen der Gemeinde geliefert werden. Diese Anzüge sind sehr zu empfehlen zum Schutze der Wehrmänner bei Übungen und Einsätzen. Ich bitte ernstlich zu erwägen dieses günstige Angebot für die Anschaffung der Schutzanzüge zu benutzen. Die Bestellungen bitte ich nach hier-Kreisbauamt-einzureichen, damit eine weitere Verbilligung erreicht werden kann.

Mit kameradschaftlichem Gruss !

gez.: Diederling

beglaubigt :

Verw. Angestellter.



Rheinland-Pfalz  
Ministerium des Innern  
-Landesamt für Brandschutz-

Koblenz, den 11. Mai 1949

An die  
Herrn pp.

Betr.: Monatliche Mitteilungen "Brandschutz" (IV, V/49

I. Organisation, Ausbildung, Personalangelegenheiten.

1.) Stand des Brandschutzgesetzes.

Das Gesetz über das Brandschutzwesen wurde am 24.3.1949 vom Landtag mit geringfügigen Änderungen in dritter Lesung einstimmig angenommen.

2.) Unfallversicherung im Feuerlöschdienst.

Auf Grund des Gesetzes über die Vereinigung der Gemeindeunfallversicherungsverände Rheinland-Pfalz vom 30.12.1948 (Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Rheinland-Pfalz Teil I, Nr. 1) ist die Unfallversicherung des Feuerlöschdienstes in Rheinland-Pfalz neu geregelt und dem "Gemeindeunfallversicherungsverband Rheinland-Pfalz" übertragen worden.

Nach den gesetzlichen Vorschriften wird Ersatz geleistet für körperliche Schäden aller Art, auch solche mit tödlichem Ausgang.

Ab sofort sind daher sämtliche Unfälle, die sich im Feuerlöschdienst ereignen, unter Benützung der bei den Gemeinden vorhandenen Vordrucke des Gemeindeunfallversicherungsverandes umgehend an den vorläufigen Sitz des Verbandes in Andernach, Koblenzerstr. 10, zu melden. Im Kopf der Unfallanzeige ist in der Spalte "Betriebsunternehmer" die Anschrift der betr. Feuerwehr anzugeben. Als Feuerlöschdienst gilt jedoch nicht nur der Einsatz auf Brand- und anderen Schadensstellen, sondern auch jede Tätigkeit bei Übungen, die zur Ausbildung der Feuerwehrangehörigen erforderlich sind; die der allgemeinen Körperschulung dienenden Leibesübungen fallen ebenfalls hierunter, sofern sie von den Feuerwehren veranstaltet werden.

Es wird ausserdem darauf hingewiesen, dass nicht nur die Feuerwehrangehörigen diesen Unfallversicherungsschutz geniessen, sondern auch alle Personen, die auf Brand- und Schadensstellen eingesetzt und der zuständigen Leitung unterstellt wurden. Angehörige von Betrieben, die im Interesse ihres Betriebes Löscharbeiten und dergl. verrichten, sind in der Regel bei der zuständigen Fachberufsgenossenschaft versichert.

Es ist beabsichtigt, neben diesen Normalleistungen in Anlehnung an die bisherigen bewährten Regelungen in den einzelnen Landesteilen gewisse Zusatz- und Mehrleistungen für die Feuerwehrangehörigen einzuführen, diesbezügliche Verhandlungen der zuständigen Stellen sind im Gange. über das Ergebnis ergent spätere Mitteilung

II. Fahrzeuge, Geräte, Ausrüstung.

4.) Schutzbekleidung für Feuerwehrangehörige.

Folgenden Firmen wurden grössere Mengen Uniformtuch für die Anfertigung von Feuerwehrhosen- blusen- und mänteln zugewiesen:

- 1.) Karl Fahrbach & Co., Freinsheim/Pfalz
- 2.) FAKO, K.G., Bad-Ems



- 3.) Heinrich Hoenen, Remagen,  
4.) UNAG Uniform AG, Mainz.

Die Preise für Hosen normaler Grössen liegen je nach Qualität u.a. zwischen 24,50 DM - 31,50 DM. Bei Bedarf können sich die Feuerwehren unmittelbar mit den genannten Firmen in Verbindung setzen.

#### 5.) Feuerwehrgerätehäuser

Bei Besichtigungen ist immer wieder zu beanstanden, dass in den Feuerwehrgerätehäusern Gegenstände untergestellt werden, die keineswegs zum Betrieb der Feuerwehren gehören; vielfach sind in den Räumen fremde Kraftwagen, Motorräder, Leichenwagen, Obstbaumspritzen, Kartoffelkaferspritzmaschinen und anderes Gerät untergebracht. Da hierdurch unvermeidbar die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr beeinträchtigt wird, ist darauf hinzuwirken, dass in den Gerätehäusern nur die zum Betrieb der Feuerwehr gehörigen Gegenstände vorhanden sind.

#### V. Verschiedenes

- 6.) Einsätze der Feuerwehren in Rheinland-Pfalz im Febr. und März 1949 ( 21.1. - 20.2.49 und 21.2. - 20.3.49 ):

	Februar			März		
	Rhl.	Pfalz	Zus.	Rhl.	Pfalz	Zus.
Brände	77	33	110	87	46	133
Überschwehmungen	1	-	1	-	-	-
Verkehrshindernisse	1	3	4	5	1	6
Gebäudeeinstürze	-	1	1	22	5	27
	79	37	116	114	52	166

Zahl der Brände normal. Im Febr. waren 44 %, im März 33 % aller Brände entweder Kaminbrände oder Sekundärbrände durch Schaden an an Feuerungs- und Schornsteinanlagen; auffallend viel Schornsteinbrände sind namentlich wieder in Trier, Neuwied und Kaiserslautern festzustellen. Gesamtschaden im Febr.: Rheinland-Pfalz 300 000,-DM, davon Rheinland 250 000,-DM, Pfalz 50 000,-DM, Gesamtbrandschaden im März: Rheinland-Pfalz 250 000,-DM, davon Rheinland 150 000,-DM, Pfalz 100 000,-DM.

#### 8.) Firmenmitteilungen.

Fa. Massong, Frankenthal, Schiessgartenweg 8, bietet eine neuartige drehbare Strahlpumpe (Fabrikat A W G) zum Entwässern von Kellern und Baugruben bis 20 cm über Boden an. Leistung: Bei 2,7 m Kellertiefe und 3 kg/cm<sup>2</sup> Hydrantendruck werden durch 162 Liter Trieswasser 244 Ltr. (406 - 162 = 244) Wasser nach oben gefördert. Preis: 120,-DM.

Fa. Goetz & Münch, Koblenz, hat die Vertretung der "Bavaria" Feuerlöschapparatebau, Nürnberg, (Handfeuerlöscher) übernommen.

Fa. Carl Metz, Feuerwehrgerätefabrik, Karlsruhe, sucht Dreileistungsgetriebe, für die keine Verwendungsmöglichkeit mehr besteht, zurückzukaufen.

#### 9.) Druckfehlerberichtigung.

In der letzten MM muss es heissen statt M M "Brandschutz" (I, II/49) M M "Brandschutz" (II, III/49).

In Vertretung  
gez. Happ

(Siegel)

Beglaubigt:  
gez. Unterschrift  
Reg. Sekretär



*Rück, Emil*

*Christ*

Auszugsweise Abschrift.

RHEINLAND & PFALZ  
Ministerium des Innern  
Landesbrandschutzamt-

Koblenz, den 15. März 1949

Stadt Nastätten, Ts.
Beg.: 15.3.1949
Zur Bearbeitung: .....
Erledigt: .....

An die  
Herren pp.

Betr.: Monatliche Mitteilungen " Brandschutz " (I,II/49)

1.) Stand des Brandschutzgesetzes.

Der Entwurf des Gesetzes über das Brandschutzwesen wurde vom Landtag mit einigen Abänderungen in zweiter Lesung angenommen.

3.) Frühjahrsaufgaben der Feuerwehren.

Fahrzeuge, Geräte, Alarmanlagen und Gerätehäuser sind wie in jedem Jahr auf etwaige durch Frosteinwirkung eingetretene Schäden zu überprüfen. Besondere Beachtung bedarf das Hydranten-netz der Sammelwasserleitung; eingerostete oder sonstwie beschä-digte Hydranten sind wieder gangbar zu machen.

Im übrigen ist es an der Zeit, die Waldbrandgeräte wieder einsatzbereit zu machen, die Verbindung zwischen Forstdienst-stellen und Feuerwehren erneut aufzunehmen und den Bereitschafts-dienst bei den in Betracht kommenden Wehren für etwaige Waldbrände neu einzuteilen.

Sofern die Personalstärken der Feuerwehren für grössere Waldbrände nicht für ausreichend gehalten werden, sind zusätzliche Lösch-kräfte gemäss Ziffer 2) der MM (I/49) zu verpflichten.

4.) Schutzbekleidung für Feuerwehrangehörige.

Die in Ziffer 5) der MM (I/49) angebotenen Mosen von guter Qualität können zu folgenden Preisen geliefert werden :

- a. schwerer Stoff etwa 30,-DM
- b. leichter Stoff " 28,-DM.

Die Bestellungen müssen bis spätestens zum 30.d.Mts. erfolgen, da sie sonst nicht mehr berücksichtigt werden können.

5.) Einsätze der Feuerwehren in Rheinland-Pfalz im Januar 1949.

	Rheinland- Pfalz zusammen		
Brände	103	63	166
Überschwemmungen	-	3	3
Verkehrshindernisse	5	5	10
Gebäudeeinstürze	-	-	-
blinde Alarmer	1	4	5
böswillige Alarmer	8	-	8
Hilfe für Menschen	1	-	1
Hilfe für Tiere	1	-	1
Sonstiges	23	1	24
insgesamt	142	76	218

Ansteigen der Brandzahl bedenklich. Bedenklich hohe Zahlen der Kaminbrände. und Sekundärbrände durch Schaden an Feuerungs- und Schornsteinanlagen, nämlich in Rheinland 51 % dagegen in der Pfalz



626 55

Pfalz nur 16 %. Gesamtbrandschäden in Rheinland - Pfalz etwa 300 000 DM. und zw. in Rheinland 200 000 DM und in der Pfalz

6.) Ausbildungsvorschrift.

Maßgeblich für die Durchführung der Ausbildung im einzelnen bleibt die "Vorläufige Ausbildungsvorschrift für die Feuerwehren", Ausgabe März 1947.

8.) Haushaltsplan für Feuerwehren:

Es ist festgestellt worden, das das Feuerlöschwesen in den Haushaltsplan 1949 bei zahlreichen Gemeinden überhaupt nicht oder völlig unzureichend berücksichtigt worden ist. Die Aufsichtsbehörden haben darauf zu achten, das in allen Gemeinden ein angemessener Betrag für das Feuerlöschwesen zur Verfügung gestellt wird. Mittel aus der Feuerschutzsteuer werden an Gemeinden, die dieser Pflicht nicht nachkommen grundsätzlich nicht gewährt.

In Vertretung:

gez.: H a p p

Beglaubigt:

gez.: Unterschrift

Reg. Sekretar.

(Siegel)

Der Kreisbrandinspekteur.

St. Goarshausen, den 22. März 1949.

An die  
Freiwillige-  
Pflicht-  
Werks-

Feuerwehren des Kreises

Betr.: Monatliche Mitteilungen "Brandschutz (I, II-49)."

Vorstehend erhalten Sie auszugsweise Abschrift des Erlasses der Landesregierung Rheinland-Pfalz, Ministerium des Innern - Brandschutzamt - vom 15.3.49 zur gefl. Kenntnisnahme und Beachtung.

Zu Ziffer 8) Betr.: Haushaltsplan für Feuerwehren bitte ich die Herren Bürgermeister um Bericht bis zum 15.4.49, in welcher Höhe Mittel für das Feuerlöschwesen im Haushaltsplan für das Wirtschaftsjahr 1949 vorgesehen sind.  
Zu Ziffer 6) Ausbildungsvorschrift bitte ich um Mitteilung derjenigen Wehren, die nicht im Besitze einer solchen Ausbildungsvorschrift sind, damit eine Nachlieferung erfolgen kann.

Ich habe feststellen müssen, das es noch Gemeinden gibt, die in ihren Feuerwehrgeräthäusern Spritzmittel, Kunststoffe etc. aufbewahren. Auf die schädigende Wirkung dieser chemischen Mittel, besonders auf das Schlauchmaterial wurde wiederholt hingewiesen. Ich bitte deshalb nochmals die Wehrrührer, strengstens darauf zu achten, das alle Geräte und fremdes Lagergut, was mit dem Feuerlöschwesen nichts zu tun hat, unverzüglich aus den Feuerwehrgerätehäusern zu entfernen sind.

Hinsichtlich der Ausbildung von Maschinisten wird dringend empfohlen, mindestens 3 Feuerwehrleute mit der Handhabung der Motorspritze vertraut zu machen, damit im Ernstfalle die in Betriebnahme der Motorspritze gesichert ist.

Weiterhin ist es zweckdienlich und wird besonders den Werksfeuerwehren empfohlen, Angriffspläne aufzustellen, in denen vor allen Dingen die Wasserehentnahmestellen ersichtlich sind. Firmen-



Firmenmitteilung:

Firma A.K.O. - Feuerlöschtechnik GmbH., Opladen bei Köln, Op-  
hovenerstr. 14 bietet Großlöschgeräte und Handfeuerlöscher  
an.

Firma Johannes Heines - Wuppertal, in Gruit/Rhld., Dorfstr. 77  
bietet Wasserstrahlpumpen (Injektoren) Elimo und Elimo+Trio an.

Firma Saxer und Siebel, Generalvertretung in sämtlichen Feuer-  
wehrgewerken, Motorspritzen, Tragbaren und fahrbaren Leitern  
etc. der Firma Bachert, Darmstadt, Großgeräuerwerb.

Die Firma Götz und Munch in Koblenz bietet Feuerlöschgeräte  
insbesondere Handfeuerlöscher der Firma Bavaria in allen Typen  
an.

Firma Meers & Co., Holz- und Bautenschutz, Wiesbaden, Friedrichs-  
straße 7 führt Holzschutzmaßnahmen gegen Feuer-, Fäul- und Faulnis  
mit chemischen Präparaten durch.

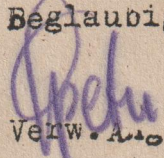
Firma Almi (Alfred Mies) Bad Ems liefert Feuerwehrrutzen.

Zu empfehlen ist die Firma August Stephan, Nachf. K.G. in  
Allendorf, Kreis Marburg, worauf in meinem Rundschreiben vom  
12.1.49 bereits hingewiesen wurde. Das von der Firma angebotene  
Hydrantenfett mit ~~Klizerynzusatz~~ ist sehr zu empfehlen, da es  
nicht nur für die kalte Jahreszeit ist, sondern bei einmaligem  
Einfüllen im Jahr wirksam den jederzeitigen Gebrauch der Hydran-  
ten gewährleistet. Ich bitte, die Bestellungen nach hier - Kreis-  
amt - bis zum 1.5.49 einzureichen, damit eine Sammelbestel-  
lung vorgenommen werden und somit eine Verbilligung der Lie-  
ferung erzielt werden kann.

Mit kameradschaftlichem Gruß !

gez.: Diederich

Beglaubigt:

  
Verw.-A. bestellter.



Abschrift.

Rheinland-Pfalz  
Ministerium des Innern  
Landesbrandschutzamt.

Koblenz, den 26.1.49.  
Stresemannstr. 3-5-

Stadt Nr. ... Ts.

Reg.: 12. 2. 1949

Zur Bear. ...

Abd. ...

An die Herren pp.

Betr.: M. natliche Mitteilungen "Brandschutz 1/49".

# I. Organisation, Ausbildung, Personalangelegenheiten:

## 1) Stand des Brandschutzgesetzes.

Der Entwurf des Gesetzes über das Brandschutzwesen wurde vom Ministerrat geilligt und vom Landtag in ersten Lesung angenommen.

## 2) Löschhilfspflicht der Bevölkerung:

Es wird häufig klage darüber geführt, daß die Personalstärken der Feuerwehren - namentlich auf dem Lande - zur Bekämpfung größerer Brände nicht ausreichen. In solchen Fällen besteht nach § 30 des Brandschutzgesetzes (Entwurf), das bereits sinngemäß angewendet werden kann, die Möglichkeit, Ergänzungskräfte heranzuziehen. Die diesbezügliche Bestimmung lautet:

"In Gemeinden, in denen die Löschkraft wegen der besonderen örtlichen Verhältnisse nicht ausreichen, kann der Bürgermeister entsprechend den besonderen Bedingungen, die vom Innenminister herausgegeben werden, im voraus Personen bestimmen, die sich im Brandfall unverzüglich an die Brandstelle zu begeben haben. Die Personen werden von ihrer Verpflichtung schriftlich in Kenntnis gesetzt."

Die "besonderen Bedingungen" beziehen sich auf die Vorschriften der Entmilitarisierung und Entnazifizierung denen auch diese Ergänzungskräfte genügen müssen. Eine Sammeliste mit den Namen usw. der Ergänzungskräfte, ist der örtlich zuständigen Militärregierung zur Genehmigung vorzulegen.

## 3) Brandursache "unbekannt":

Die Zahl der ungeklärt geliebenen Brandursachen war im vergangenen Jahr außerordentlich groß, sie betrug im Durchschnitt 26 %. Es besteht der Eindruck, daß namentlich in ländlichen Gebieten die Brandursachen vielfach aus persönlichen und sonstigen Rücksichten nicht genannt werden.

Alle Maßnahmen der Brandverhütung basieren schließlich auf der Erkenntnis der Brandursache. Wenn die Brandursachen überhaupt nicht oder gar falsch angegeben werden, wird der Erfolg der gesamten Brandverhütungsarbeiten infrage gestellt auch ist das Ansehen der Feuerwehren in Gefahr, wenn böswillige und fahrlässige Brandstifter durch Feuerwehren angehörige gedeckt werden.

# II. Fahrzeuge, Geräte, Ausrüstung:

## 5) Schutzbekleidung für Feuerwehrenangehörige:

In einigen Wochen ist wiederum die Freigabe eines Kontingents Uniformstücke für die Feuerwehren zu erwarten. Das Tuch soll zur Herstellung von kompletten Schutzbekleidungen von Uniformmützen sowie von Uniformmützen verwendet werden.

Es wird gebeten, die benötigte Anzahl der Kleidungsstücke kreisweise und alphabetisch nach Gemeinden geordnet bis spätestens zum 20. März d.Js. hierher mitzuteilen. Wegen der erforderlichen Größen, des Preises usw. setzen sich sodann die Tuchverarbeitungsfirmen mit den Gemeinden unmittelbar in Verbindung.



6) Verwendung der Löschfahrzeuge:

Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, das Feuerlöschfahrzeuge nur für Zwecke die unmittelbar dem Feuerschutz dienen, verwendet werden dürfen. Verantwortlich für die Verwendung der Löschfahrzeuge in den Gemeinden ist einzig und allein der Leiter der Wehr.

III. Brandverhütung:

7) Feuersicherheit in Versammlungsraumen :

In nächster Zeit haben die Feuerwehren ihre besondere Aufmerksamkeit auf die feuersicherheitslichen Verhältnisse bei Fastnachtsveranstaltungen zu richten. Ausschmückungen aus leichtbrennbaren Dekorationsstoffen, unvorschriftsmäßige Ofen- und Kaminanlagen, sowie überfüllte Säle mit zeitweise gesperrten Eingängen und unzureichenden Notausgängen bilden die Hauptgefahren. An das vor einiger Zeit stattgefundene Brandunglück in Berlin-Spandau wobei infolge mangelhafter Ausgangsverhältnisse in einem Ballokal etwa 100 Personen ums Leben kamen wird erinnert.

8) Einsätze der Feuerwehren in Rheinland-Pfalz im Dezember 48.

	Rheinland	Pfalz	zus.
Brände	81	48	129
Überschwenmungen	1	4	5
Verkehrshindernisse	7	4	11
Gebäudeeinstürze	1	-	1
Blinde Abarme	14	2	16
Verschiedenes	31	9	40
insgesamt	135	67	202

9) Einsatzstatistik der Feuerwehren in Rheinland-Pfalz.  
vom Jahre 1948 (21.12.47 - 20.12.48).

In Rheinland-Pfalz waren im vergangenen Jahre 2 592 Einsätze der Feuerwehren zu verzeichnen darunter 1 360 Einsätze bei Bränden (53 %) und 1 232 sonstige Hilfeleistungen (47 %). Die Brände setzen sich zusammen aus: 174 Groß-, 390 Mittel-, 796 Kleinbränden.

11) Firmenmitteilung:

Firma ~~AG~~ - Feuerlöschtechnik - Opladen bietet an : Handfeuerlöcher, Großfeuerlöcher, Großlöschanlagen.

I.V.

gez.: Happ

(Siegel)

Beglaubigt:

gez.: Unterschrift.

Reg. Angestellte.



Stadt Nastätten, Ts.

Bing.: 11.2.1949

Zur Bearbeitung: K

Erledigt:

Der Kreisbrandinspekteur.

St. Goarshausen, den 10.2.49.

An die  
Freiw.-  
Pflcht- Feuerwehren des K r e i s e s  
Werks-

Betr.: Monatliche Mitteilungen "Brandschutz I/49".

Nachstehend erhalten Sie Abschrift der Erlasse der Landesregierung Rheinland-Pfalz - Der Minister des Innern - Landesbrandschutzamt vom 26.1.49 zur gefl. Kenntnisnahme und Beachtung.

Ich bitte die Herren Wehrführer, mir bei der nächsten Übungsmeldung mitzuteilen unter welcher Telefon Nr. Sie zu erreichen sind, bzw. wer Telefon im Hause hat unter Angabe der Ruf Nr. Für Niederlahnstein und St. Goarshausen trifft dies nicht zu.

Weiterhin muß ich wiederholt darauf hinweisen, daß die Einreichung der monatlichen Übungsmeldung unbedingt erforderlich ist, und zwar bis zum 20. eines jeden Monats. Es ist mir unverständlich, daß verschiedene Gemeinden und Betriebe des Kreises den Feuerschutz unzureichende Bedeutung beimessen, während andere Gemeinden und Betriebe vorbildliche Schutzmaßnahmen treffen und in der Beschaffung von Geräten, Instandhaltung der Geräte, Ausbildung der durch die Reduzierung so geschwächten Wehren außerordentliches leisten. M.E. nach liegt es nur an der Initiative und dem Willen der einzelnen Bürgermeister und Wehrführer ob der Feuerschutz gesichert ist oder nicht. Ich habe z.B. festgestellt, daß ein Teil der Herren Bürgermeister bzw. Wehrführer die von mir herausgegebenen Verfügungen überhaupt nicht bzw. mangelhaft beachten und sich systematisch in Terminsachen erinnern lassen.

Im kommenden Frühjahr wird mit der Revision der Feuerlösch-einrichtungen in den Gemeinden und Betrieben begonnen werden. Ich ersuche daher die Herren Bürgermeister und Wehrführer zu veranlassen, daß die Feuerwehrgerätehäuser und Feuerlöschgeräte einer Vorrevision unterzogen werden und im einsatzbereiten Zustand sind.

Weiterhin ist es dringend erforderlich, daß die Gerätelisten "Vorstellungen der Feuerlösch-einrichtungen" berichtet werden. Im Jahre 1947 war mit rotem Farbstift zu ergänzen. Im Jahre 1948 wird mit grünem Farbstift eingetragen und zwar gleichzeitig, ob Veränderungen eingetreten sind oder nicht. Zu- oder Abgänge von Feuerwehrgeräten sind nach hier zu berichten.

Zu der Mitteilung auf Seite 2 Abs. 5 wird hingewiesen und bitte ich um Mitteilung, welche Gemeinden bzw. Werksfeuerwehren gewillt sind, die neue Schutzbekleidung zu beschaffen.

Mit kameradschaftlichem Gruß !

gez.: Diederich.

Beglaubigt:

Verw. Angestellter.



*Emil Ried*

Der Kreisbrandinspekteur.

St. Goarshausen, den 12. Jan. 1949.

An die  
Freiw. -  
Pflicht - Feuerwehren  
Werks -

des K r e i s e s

Stadt Nastätten, Ts.

Beg.: *14.1.1949*

Zur Bearbeitung: *14*

Unterschiedl.: \_\_\_\_\_

Betr.: Monatliche Mitteilungen Brandschutz XII/48.

In der Anlage übersende ich auszugsweise Abschrift des Erlasses der Landesregierung Rheinland-Pfalz - Der Minister des Innern - A. 3 e vom 28.10.48 zur gefl. Kenntnisnahme und Beachtung.

Ich verweise hierbei auf Seite 1, Abs. 1.) betr. Identitätskarten (Feuille de Renseignements), wonach bei Neuaufnahmen Fingerabdrücke nicht mehr erforderlich sind.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß bei Ausbruch von Bränden oder sonstigen Katastrophen in jedem Falle tel. nach hier Nachricht zu geben ist, u.zw. unter der Nr. St. Goarshausen 211 oder Nastätten 214. desweiteren ist die Freiw. Feuerwehr St. Goarshausen (Kreisfeuerwehrwagen LF.15) unter der Telefon Nr. St. Goarshausen 322 zu erreichen. Der Währführer der Freiw. Feuerwehr Niederlahnstein ist telefonisch unter Niederlahnstein 265 zu erreichen. Auf die Einreichung des großen Brandberichtes binnen 24 Stunden nach den jeweiligen Katastrophen wird hingewiesen.

Die Herren Bürgermeister mache ich darauf aufmerksam, daß sie als Ortspolizeibehörde verantwortlich sind für den Dienstbetrieb der Feuerwehren sowie Instandhaltung der Geräte und Gerätehäuser. Auf der anderen Seite bitte ich dringend, den Wehren jede Unterstützung und Schutz der Gemeinde zu gewahren. Sollte es sich wiederholen, daß bei Abhaltung von Übungen, wie es in einem Falle passiert ist, die Feuerwehrleute verunglimpft werden, nur weil sie freiwillig ihre Pflicht erfüllen, bitte ich um sofortige Mitteilung, damit ich von hier aus die erforderlichen Maßnahmen gegen die Betreffenden ergreifen kann. Es ist den Wehren erlaubt, an allen Gebäuden in der vorgeschriebenen Weise Übungen abzuhalten.

Firmenmitteilung:

Chem. Fabrik Aug. Stephan, Nachf. K.G. Werk Allendorf/Herrenwald, Allendorf, Krs. Marburg bietet Hydrantenfett mit Glycerinzusatz an, abgepackt in Gebinden mit 10 kg, 25 kg und 30 kg, Preis per kg. DM 2,80 ab Werk incl. Emballage.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

gez.: Diederling.

Unterschiedl.: *Ried*

Verw. Angestellter.



Landesregierung Rheinland-Pfalz  
der Minister des Innern

Koblenz, den 28. Dezember 1948.

- Abt. 3 c -

- Landesbrandschutzamt -

An die Herren pp.

Betrifft: Monatliche Mitteilungen "Brandschutz" (XII./48).

### I. Organisation, Ausbildung, Personalangelegenheiten.

#### 1.) Identitätskarten der Feuerwehrangehörigen.

Die Militärregierung verzichtet künftig auf die Anfertigung von Identitätsgerabdrücken auf den Identitätskarten der Feuerwehrangehörigen. Die Wehren sind hiervon in Kenntnis zu setzen.

#### 2.) Bereitschaftsdienst der Feuerwehren :

Es besteht Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß die Einsatzbereitschaft der Feuerwehren auch an Sonn- und Feiertagen ständig gewährleistet sein muß. Besonders ist hierauf, wie eine Reihe von Kommissionen bewiesen hat, während sportlicher Veranstaltungen zu achten. Es ist wiederholt vorgekommen, daß namentlich beim Stattfinden größerer Fußballwettspiele zahlreiche Gemeinden ohne ausreichenden Feuerwchutz waren und die zunächst kleinen Brände infolge unzureichender Stärke der Löschmannschaften sich zu größeren Schadenfeuern entwickeln konnten. - Die Kreisbrandinspektoren haben gelegentlich der Überprüfungen ihr besonderes Augenmerk auf die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Wehren bei den genannten Gelegenheiten zu richten.

### III. Brandverhütung:

#### 3.) Holzschutz.

Am 10.12.1948 wurde in Mainz unter reger Beteiligung der zuständigen Dienststellen und einschlagigen Industrie die "Vereinigung Holzschutz in der französischen Zone" gegründet. Die Vereinigung sieht ihren Zweck darin, die chemischen Verfahren zum Schutze des Holzes gegen Insekten- und Pilzbefall sowie auch gegen Brandeinwirkung in weit größerem Umfang als bisher in die Praxis einzuführen. In Hinblick auf den seit Jahren in unseren Wäldern getriebenen Raubbau verdienen diese Bestrebungen weitgehende Unterstützung.

Hinsichtlich des Schutzes von Bauholz gegen Brandeinwirkung vertritt das Landesbrandschutzamt folgenden Standpunkt:

Die Verwendung von Holz für Decken und Treppen hat sich bei Brand von jeher auf das nachteiligste ausgewirkt; sie ist schuld an der verheerenden Entwicklung, die regelmäßig größere Brände innerhalb von Gebäuden nehmen.

An Versuchen, den brennbaren Baustoff Holz durch nichtbrennbare Stoffe zu ersetzen, hat es nicht gefehlt; es wurden zahlreiche neue, freie Bauweisen entwickelt und bereits mit Erfolg angewendet. Diese neuartigen Bauweisen sind keine Ersatzbauweisen im landläufigen Sinn, sondern den früheren hölzernen Bauweisen sogar vielfach überlegen. Die gesteigerte Anwendung dieser neuen Massivbauweisen stößt z.Zt. noch auf eine Reihe von Schwierigkeiten, die im besonderen in dem

Mangel an Rohstoffen und Verarbeitungsmaschinen und nicht zuletzt auch in der Unkenntnis und Beharrlichkeit des Bauhandwerks beruhen. Grundsätzlich aber kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der bestehende Holzschutz gegen Schadenfeuer in der Ausschaltung des Holzes als Baustoff zu erblicken ist. In diesem Zusammenhang wird auf die viel zu wenig beachtete Verordnung zur Hebung der baulichen Feuerherheit vom 20.8.1943 (R.G.Bl. I S. 497) hingewiesen, die in größeren Gebäuden die Herstellung aller Geschoßdecken einschl. der Treppenhäuser aus nichtbrennbaren Baustoffen vorschreibt.



Solange dieses Fernziel nicht erreicht werden kann, wird man sich mit der Verwirklichung gewisser Nahziele begnügen müssen. Einen Schutz hölzerner Bauteile gegen Feuerwirkung erhält man bekanntlich durch feuerhemmende Bekleidung mit Mörtelputz auf einem Putzträger oder durch Behandlung des Holzwerkes mit einem chemischen Feuerschutzmittel. Die Wirksamkeit dieser Feuerschutzmittel darf jedoch nicht überschätzen. Sie können ausnahmslos die Entflammbarkeit des Holzes nicht verhindern, sondern nur verzögern. Auch die besten Feuerschutzmittel verlieren ihre Wirksamkeit, wenn in unmittelbarer Nähe des behandelten Holzwerkes größere Mengen brennbarer Gegenstände in Brand geraten sind.

Schließlich wird noch auf die Brandgefahr hingewiesen, die neuerdings durch die Verwendung von Spezialholzfaserplatten zur Bekleidung von hölzernen Bauteilen u.a. verursacht wird. So wurden beispielsweise kürzlich im Rahmen eines großen Wohnungsbauprogramms in Mainz zum unterseitigen Bekleiden von Holzbalkendecken lediglich die bekannten Hartfaserplatten verwendet, bei der Wiedernerstellung eines wichtigen Verwaltungsgebäudes in Koblenz wurden sogar Faserplatten eingebaut, die bereits mit einem Streichholz in Brand gesetzt werden können.

Alle verantwortlichen Dienststellen haben auf diese Entwicklung ihre besondere Aufmerksamkeit zu richten, wenn nicht feuersicherheitsliche Mängel entstehen sollen, die sich einmal bitter rachen werden.

#### IV. Feuermelde- und alarmwesen.

..

#### V. Verschiedenes.

##### 4.) Feuerschutzsteuer.

Das im laufenden Rechnungsjahr zu erwartende Aufkommen an Feuerschutzsteuer gestattet aller Voraussicht nach die Gewährung von Beihilfen in größerem Umfang als bisher. Sofern die Beträge aus der Feuerschutzsteuer bis zum Schluß des Rechnungsjahres nicht in Anspruch genommen werden, verfallen sie. Es liegt deshalb am Interesse der Feuerwehren, wenn die Beihilfeanträge unter Beifügung der vorgeschriebenen Unterlagen baldmöglichst über die Aufsichtsbehörde an das Innenministerium eingereicht werden.

##### 5.) Einsitze der Feuerwehren in Rheinland-Pfalz im November 1948 (21.10.-20.11.1948):

	Rheinland	Pfalz	Zus.:
Brände	59	31	90
Überschwemmungen	-	1	1
Verkehrsunfälle	6	4	10
Gebäudeeinstürze	2	1	3
Blinde Alarme	14	5	19
Verschiedenes	39	7	46
zus.:	120	49	169

Gesamtzahl der Brände normal. Gesamtbrandschaden in Rheinland-Pfalz etwa 450 000 Dm, und zwar im Rheinland 400 000 Dm, in der Pfalz 50 000 Dm.

##### Albisheim (Lkr. Kirchheimbolanden):

Folgender interessanter Bericht des Wehrleiters verdient bekannt gegeben zu werden :

An dem bewußten Sonntag ungefähr um 14,00 Uhr habe ich die Feuerwehr alarmiert und mußte die Feststellung machen, daß von 22 Mann ganze 2 Mann sofort anwesend waren. Die Zahl erhöhte sich später auf c



ca. 8 Mann, während die restlichen Männer zum Fußball, auf der Kerwe oder anderweitigen Sonntagsnachmittagsfreuden auswärts weilten. Mit Hilfe von Kindern wurde in noch verhältnismäßig kurzer Zeit der Brand aus 3 Rohren bekämpft und die Halle abgesichert. Die anwesenden Feuerwehrmänner haben in wahrhaft mustergültiger Weise bis auf die Haut durchnäßt ihren Mann gestanden, konnten jedoch nicht allein Herr des Brandes werden. Die Bevölkerung, die in Massen als Neugierige erschienen war, habe ich zur tatkräftigen Mithilfe aufgefordert. Sehr zu ihrer Schädne kann ich nur melden, daß sich verschwindend wenige bereit gefunden haben, mitzuhelfen. Die Grozahl hat es vorgezogen mit eingezogenen Halsen zu verschwinden. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß die Handvoll braver Männer bis in die späten Abendstunden aushalten mußte, bis einzug von auswärts Heimkommende sich bereitfanden, die Ablösung zu übernehmen. Um 2,00 Uhr nachts nach ca. 12 Stunden harter Arbeit war der Brand soweit eingedämmt, daß ich den Einsatz auf eine Brandwache beschränken konnte. Der Fall hat erneut bewiesen, wie unzureichend die Wehrstärke und wie tief die Hilfsbereitschaft des Dorfes gesunken ist.

#### 9.) Firmenmitteilungen:

Otto Dürr, Ludwigshafen a. Rhein, Frankenthaler Str. 163 teilt mit, daß er die Vertretung der Firmen "Deutsche Feuerlöscher-Bauanstalt Wintrich & Co." sowie "Schlauchweberei und Feuerwehrgeratefabrik Albert Ziegler, Gingen a.d.Br." übernommen hat.

In Vertretung  
gez.: Dr. Wuermelung

(Siegel)

Beglaubigt:  
gez.: Unterschrift.  
Reg.-Sekretär.